

Stand: 04.04.2026 08:46:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10189

"Bericht zur Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen""

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10189 vom 24.02.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 66 vom 25.02.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10937 des SO vom 14.04.2016
4. Beschluss des Plenums 17/11305 vom 28.04.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 28.04.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Verena Osgyan, und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht zur Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umgehend schriftlich und mündlich einen Bericht über die Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ aus der 15. Legislaturperiode vorzulegen.

Dabei soll insbesondere detailliert auf die Umsetzung der im Abschlussbericht der Enquete-Kommission enthaltenen Handlungsempfehlungen an die Politik eingegangen werden. Die Staatsregierung sollte laut Beschluss der „Jugendenquete“ eigentlich schon in der 16. Legislaturperiode dem Landtag über die Umsetzung der von allen Fraktionen beschlossenen konkreten Empfehlungen für die Jugendpolitik des Freistaats Bayern berichten.

Begründung:

Der Landtag hat in seiner 15. Legislaturperiode auf Antrag der Fraktionen von CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ eingesetzt. Die Enquete-Kommission hat sich umfassend mit den Schwerpunkten der zukünftigen Jugendpolitik in Bayern auseinandergesetzt. Die Kommission hat nach dreijähriger inhaltlicher Arbeit in ihrem umfangreichen Abschlussbericht vom Juli 2008 in großer politischer Einigkeit konkrete Empfehlungen für die Jugendpolitik in Land und in den Kommunen sowie für die Weiterentwicklung der Angebote der Jugendhilfe, der außerschulischen Jugendbildung, der verbandlichen Jugendarbeit und der Angebote der Offenen Jugendarbeit in Bayern ausgesprochen.

Sechs Jahre nach Vorlage des Abschlussberichts ist es an der Zeit, Bilanz über den Stand der Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen an die Politik zu ziehen. Im Abschlussbericht der Kommission wurde die Staatsregierung aufgefordert, bis zur Mitte der 16. Legislaturperiode dem Landtag über die Umsetzung der Empfehlungen zu erstatten. Diese Berichterstattung ist bisher nicht erfolgt und sollte deshalb umgehend nachgeholt werden.

im Bayerischen Landtag im Innenausschuss oder bei einer Besprechung aller Fraktionen zu berichten.

Ich hielte es auch für ein ungutes Zeichen, wenn wir in dieser Frage heute auseinanderfallen würden; denn es ist wichtig, dass wir in diesem Hohen Haus eine gemeinsame Position gegen den Rechtsextremismus haben, wie wir es auch im laufenden NPD-Verbotsverfahren erreicht haben. Ich stelle das hier im Hohen Haus nur anheim. Selbstverständlich respektiere ich alles, was hier beschlossen wird. Klüger wäre es aber meines Erachtens, wenn wir uns erst einmal gemeinsam über das weitere Vorgehen verständigen. Ich werde gerne bis zu einem solchen Gespräch den aktuellen Sachstand in allen anderen Bundesländern und deren Innenministerien einholen, sodass wir uns dann darüber verständigen können, was die nächsten vernünftigen Schritte wären.

Ich weiß nicht, wie sich die Fraktionen jetzt verständigt haben. Ich habe aber anheimgestellt, die Dringlichkeitsanträge in dem Fall ausnahmsweise an die zuständigen Ausschüsse zu überweisen, was hier sonst nicht üblich ist. Ich werde mich dann, wie gesagt, darum bemühen, möglichst schnell einen Bericht zu geben, sodass wir dann einvernehmlich entscheiden können, wie wir weiter vorgehen wollen. Das wäre meine Bitte, damit wir gemeinsam weiter im Kampf gegen den Rechtsextremismus erfolgreich sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Jetzt darf ich das Wort Herrn Kollegen Zellmeier erteilen.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Worten unseres Innenministers und auch nach einem Gespräch mit der SPD-Fraktion beantrage ich für beide Anträge die Verweisung in die Ausschüsse, damit wir eine gemeinsame Linie finden. Das Thema ist so wichtig, dass wir uns darüber nicht streiten sollten. Wir sind auch sehr nahe beieinander.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben erklärt, damit einverstanden zu sein. Ich glaube, es ist der beste Weg.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank für diese Antragstellung. Kann ich davon ausgehen, dass das Hohe Haus damit einverstanden ist? Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann bedanke ich mich, und damit ist die Verweisung in die Ausschüsse erfolgt.

Jetzt darf ich noch bekannt geben, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/10184 mit 17/10190 sowie den Drucksachen 17/10210 und 17/10211 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden. Damit hätten wir für heute die Dringlichkeitsanträge erledigt.

Wir kommen jetzt zu den Zweiten Lesungen zurück. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner u. a. (CSU)
zur Änderung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes und der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes (**Drs. 17/8893**)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
(**Drs. 17/9371**)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier u. a. (CSU)
(**Drs. 17/9391**)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(**Drs. 17/9830**)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath, Josef Zellmeier u. a. (CSU)
(**Drs. 17/9835**)

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von insgesamt 24 Minuten vereinbart. Ich darf jetzt Herrn Kollegen Tomaschko das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht zuletzt schreckliche Katastrophen, wie das bereits heute mehrfach angesprochene Zugunglück bei Bad Aibling, zeigen, wie wichtig ein gut funktionierender Rettungsdienst ist. An dieser Stelle auch von mir ein herzliches Dankeschön an alle Rettungskräfte! Über 700 Rettungskräfte waren im Einsatz. Ob ehren-



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/10189

**Bericht zur Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission
"Jungsein in Bayern - Zukunftsperspektiven für die kommenden
Generationen"**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Kerstin Celina**
Mitberichterstatler: **Dr. Gerhard Hopp**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 44. Sitzung am 10. März 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 45. Sitzung am 14. April 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/10189, 17/10937

Bericht zur Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Dr. Linus Förster

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Claudia Stamm

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Eva Gottstein

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Staatssekretär Johannes Hintersberger

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 7 bis 9** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

Berichterstattung und Anhörung zur Umsetzung der Empfehlungen der Jugend-Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen" (Drs. 17/10211)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht zur Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen" (Drs. 17/10189)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anhörung zur Umsetzung der Empfehlungen der Jugend-Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen" (Drs. 17/10351)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich darf jetzt mit der Aussprache beginnen und als Erstem für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Förster – er ist schon bereit – das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wer mich kennt, weiß: Ich liebe Studien, vor allem Studien, die

sich mit der Situation und den Bedürfnissen junger Menschen auseinandersetzen. Ich glaube, nur so kommt man zu brauchbaren Ergebnissen; denn die Jugend ist nun mal anders als der durchschnittliche Erwachsene. Da spielen nicht nur Hormone, die Pubertät oder das Bedürfnis, sich von der Generation der Eltern abzusetzen, eine Rolle, sondern auch die Jugend an sich verändert sich ständig: von der APO-Generation zu den Hippies, zu den Ökos, zur Null-Bock-Generation und zur Generation XYZ bis hin zur heutigen Spezies. Wir brauchen Studien, um zu verstehen, was diese Menschen bewegt, anleitet und beschäftigt; denn schon nach zehn Jahren gibt es eine vollkommen neue Generation von jungen Menschen, und die vorangehende Jugendgeneration versteht diese oft schon nicht mehr. Aufgrund dieser Erkenntnis haben wir hier im Hohen Hause im Jahr 2005 ein Gremium beschlossen, das sich mit den jungen Menschen in Bayern auseinandersetzt, die Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern".

Liebe Kollegen und Kolleginnen, zu Beginn der großen Jugendkulturen stand immer fest, dass Provokation und das Bedürfnis, sich von den Eltern abzugrenzen und anders zu sein, das Wesentliche sind. So habe ich das seit der Shell-Jugendstudie 1987 verfolgen können. Ich habe zu dieser Thematik immerhin dreimal selber publiziert. Das hat mich immer beschäftigt. Deswegen ist es für mich schon komisch, dass ich ausgerechnet heute feststellen muss: Die jüngsten Studien, zum Beispiel die Shell-Studie 2015 und die brandaktuelle Sinus-Studie, belegen, dass die Jugend im Jahr 2016 – zumindest laut Umfragen – anders tickt. Provokante Subkulturen gibt es da kaum mehr. Die Autoren der Sinus-Studie fassen die Erkenntnisse wie folgt zusammen:

Die Mehrheit der Jugendlichen ist sich ... einig, dass gerade in der heutigen Zeit ein gemeinsamer Wertekanon von Freiheit, Aufklärung, Toleranz und sozialen Werten gelten muss, weil nur er das "gute Leben", das man in diesem Land hat, garantieren kann.

Viele Menschen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren, die befragt werden, wollen so sein wie alle, sogar wie ihre Eltern. Das ist das Neue.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Dieser Kuschelkurs überraschte selbst die Macher der Studie: Rebellion war gestern: Teenager in Deutschland suchen den engen Schulterschluss mit der Elterngeneration.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Gut so!)

Angesichts dessen könnten wir doch sagen: Wunderbar! Alles paletti! Endlich können die mittelalten und die älteren Herrschaften – und Damenschaften – hier im Parlament wieder ganz frei für die Jugend reden, weil die Jugend von heute so sein will wie wir. – Nein, nicht "wie wir", wenn sich "wir" auf uns im Hohen Hause, das heißt auf uns Politiker bezieht; denn es gibt keine Identifikation dieser jungen Menschen mit uns, den Politikern und den Parteien. Wir sind aus ihrer Sicht weder Kumpel noch Freund oder Freundin. Wir sind stattdessen Leute, die viel reden, viel versprechen, aber nichts halten. Die Shell-Studie von 2015 kam zwar zu dem Ergebnis, dass sich über die Hälfte der jungen Menschen für Politik interessiert; ihr Anteil steigt sogar. Aber diese jungen Menschen wollen nichts mit den Parteien zu tun haben bzw. wollen sich nicht in Parteien organisieren. Sie wollen mit Politikern und Politikerinnen auch nur in Ausnahmesituationen ein Bier trinken gehen. Nur 4 % der 15- bis 25-Jährigen können sich überhaupt vorstellen, sich in parteipolitischen Gruppen zu engagieren und einzubringen.

Warum ist das so? – Wir betonen hier im Parlament zwar oft, wie wichtig uns die Jugend ist. Wir fordern sie zum Engagement auf und wollen ihre Meinung erfahren. Dann aber bleiben wir auf halbem Wege stehen. Wir haben Schülerparlamente eingerichtet; das war ein Schritt in die richtige Richtung. Aber oft haben Gemeinde- bzw. Stadträte verhindert, dass die Jugendparlamente tatsächlich etwas entscheiden können bzw. sich auf eine verbindliche Grundlage für Entscheidungen berufen können. Sie dürfen beraten, aber ihre Ideen werden oft nicht umgesetzt. Seien wir ehrlich: Normalerweise reden wir lieber über Jugendliche, als dass wir ihnen zuhören und uns von ihnen sagen lassen, was eigentlich ansteht.

Das war im Jahr 2005 anders, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damals hieß es in wunderbarer Übereinstimmung hier im Landtag: Wir brauchen diese Expertise. Wir wollen mit den jungen Menschen reden. – In der Folge haben wir eine Enquete-Kommission einberufen, die sich mit Jugendlichen, Jugendverbänden und der Jugendhilfe über die Frage auseinandergesetzt hat, was wichtig ist und was zur Lösung ansteht. Als Ergebnis unserer Arbeit haben wir einen Forderungskatalog entwickelt, den wir umsetzen wollen.

Um sicherzustellen, dass wir immer up to date bleiben und den Forderungskatalog fortschreiben können – zum Wohle der Jugend und zur Verbesserung der Jugendpolitik in Bayern –, haben wir in dem Abschlussbericht, Drucksache 15/10881, auf Seite 226 ausdrücklich festgehalten, dass die Staatsregierung einen Umsetzungsbericht hier im Hohen Hause erstatten soll, und zwar "zur Mitte der Legislaturperiode"; gemeint war die 16. Legislaturperiode. Das wäre im Frühjahr 2011 gewesen. Ich erwähne das auch deshalb, weil Kollege Hopp im Ausschuss etwas anderes gesagt hat. – Sie sehen, die Berichtsanträge der GRÜNEN und der SPD sind insoweit nichts anderes als die Bekräftigung dessen, was wir damals einstimmig beschlossen hatten.

In unserem Antrag gehen wir noch etwas weiter als die GRÜNEN. Unter Punkt 3 regen wir an, die Ausschussberatung über den Bericht unter Beteiligung unserer Partner – das sind die Mitglieder der damaligen Enquete-Kommission, weitere Experten, Institutionen und Verbände – durchzuführen; denn wir wollen auch sie nach ihrer Meinung fragen. Wir brauchen diesen Bericht zum Status quo, um auf dieser Grundlage diskutieren zu können, wie wir auf die neuen Herausforderungen reagieren sollten. Wir müssen auch Vertreter und Vertreterinnen der Jugend anhören, um sie das beurteilen zu lassen, was die Staatsregierung als "gelungene Politik" bezeichnet. Die Vertreterinnen und Vertreter der Jugend sollen uns darlegen, was aus ihrer Sicht fehlt bzw. was es an Positivem zu vermelden gibt.

Die Arbeit der Enquete-Kommission hat gezeigt, wie wichtig Jugendarbeit ist. Es ist auch deutlich geworden, dass ihre Weiterentwicklung dringend nötig ist. Was ist bei-

spielsweise zugunsten der Unterstützung der im Jugendbereich ehrenamtlich Tätigen und der Jugendorganisationen geschehen? Welche Jugendbildungsmaßnahmen sind gefördert worden? Was hat sich verändert? – Ganz sicher haben sich einige Rahmenbedingungen verändert; das wissen wir alle. Ich nenne nur das Stichwort Integration von Flüchtlingskindern, insbesondere unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Insofern hat sich viel Gutes getan. Die CSU-Fraktion könnte dem Antrag doch selbstbewusst zustimmen. Ich erwähne beispielhaft das Programm "Aus Flüchtlingen werden Freunde". Die Staatsregierung kann auf diesen Erfolg verweisen.

Worum geht es uns? – Wir wollen abchecken, was noch fehlt, aber auch hervorheben, was schon erreicht worden ist. Unser Dringlichkeitsantrag ist nicht dazu da, die Staatsregierung in irgendeiner Art und Weise vorzuführen, lieber Kollege Hintersberger. Wir wollen mit Ihnen gemeinsam überlegen, was wir noch brauchen und wo wir noch nachlegen müssen.

Ich komme zu dem Bereich "Jugendkultur und Medienarbeit". Als wir die damalige Jugend-Enquete-Kommission eingesetzt hatten – das ist gerade einmal ein paar Jahre her –, war Facebook noch nicht relevant. Im Bereich der Medienarbeit gibt es ungeheuer viel zu tun. Da müssen auch wir einiges leisten.

Ich würde es begrüßen, wenn uns regelmäßig wie auf Bundesebene ein Bayerischer Kinder- und Jugendbericht vorgelegt würde. Auf einer guten Datengrundlage können regionale Differenzen berücksichtigt und Jugendpolitik, Jugendarbeit und vor allem Jugendhilfe professionell weiterentwickelt werden. Hätten wir einen solchen Bericht bereits, müssten wir den Antrag auf Berichterstattung heute nicht stellen.

Aus den vielen offenen Themen will ich nur noch eines herausgreifen, das Thema "Jugendliche mit Behinderung". Wir hatten den Mut, uns einzugestehen, dass das, was wir in der Enquete-Kommission dazu recherchiert haben, und das, was uns die Verwaltung zu diesem Thema zur Verfügung stellen konnte, unzureichend war. Wir woll-

ten die Erkenntnisse fortschreiben. Was ist insoweit passiert? – All diesen Fragen wollen wir uns stellen. Deswegen brauchen wir den Bericht.

Im Jahr 2014 haben Claudia Stamm und ich einen entsprechenden Antrag gestellt und mit den jugendpolitischen Sprechern der anderen Fraktionen diskutiert. Gerhard Hopp hat dann mit Herrn Kollegen Unterländer beraten und eine entsprechende Vereinbarung geschlossen. Als Termin wurde der 12. Februar 2015 genannt. Es ist aber noch nicht alles paletti, wenn heute, 15 Monate später, unsere Partnerinnen und Partner aus der Jugendarbeit immer noch auf die Umsetzung warten.

Wir von der SPD-Fraktion haben ein jugendpolitisches Fachforum zu diesem Thema veranstaltet, um uns wenigstens vorab informieren zu können. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Jugendverbände und alle, die sich in der Jugendarbeit engagieren, brennen darauf, mit uns darüber zu diskutieren, was fehlt und was fortgeschrieben werden muss. Sie werden auch das eine oder andere loben; das wissen auch Sie von der CSU. Lassen Sie uns den Berichtsantrag heute beschließen und damit das klare Signal setzen, dass wir an der schnellstmöglichen Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission interessiert sind.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Förster. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Es war einmal eine Zeit, da saßen ein paar junge Recken und Reckinnen zusammen, die sich – trotz sehr unterschiedlicher Herkunft – gar sehr einig waren. Sie brachten einiges zustande. Die Runde nannte sich "Jungsein in Bayern". Die jungen Recken und Reckinnen saßen oft zusammen, waren drei Jahre lang sehr produktiv und setzten sich intensiv mit der Jugend und der Jugendpolitik in diesem Freistaat auseinander. Heraus kam ein Werk, 250 Seiten stark, in dem sage und

schreibe 100 konkrete Empfehlungen für die Jugendpolitik des Freistaates enthalten sind. In der Runde herrschte große politische Einigkeit.

An dieser Stelle ist das Märchen leider zu Ende. Es endete im Jahr 2008 – leider. Dabei saßen wir oft zusammen und versuchten, die Einigkeit hinüberzuretten und deutlich zu machen, dass wir als jugendpolitische Sprecherinnen und Sprecher gemeinsam schauen wollen, wie Jugendpolitik in Bayern noch besser funktionieren kann.

Die Jugend-Enquete-Kommission legte einen Bericht vor. Dieser ist aber einfach in der Schublade verschwunden. Es ist nichts passiert. Eigentlich hätte es schon in der vergangenen Legislaturperiode einen Bericht der Staatsregierung geben müssen. Fehlanzeige! Auch damals waren sich alle Fraktionen in diesem Hause einig, dass es einen Bericht geben müsse, um auf dieser Grundlage darüber zu beraten, wie es weitergehen kann. Trotzdem legte die Staatsregierung keinen Bericht vor. –Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, dass Sie sich das von der Regierung, von der Exekutive, gefallen lassen, lässt doch tief blicken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über sieben Jahre nach Ende der Jugend-Enquete-Kommission im Sommer 2008 ist es wirklich höchste Zeit für eine politische Bilanz. Herr Kollege Dr. Förster hat schon danach gefragt: Was ist mit den Handlungsempfehlungen passiert? Was muss es neu geben? – Es hat sich viel geändert. Das Stichwort Facebook ist gefallen. Wir haben uns die Themen aufgeteilt. Herr Kollege Dr. Förster redete darüber, was sich verändert hat, während ich über das Verfahren spreche und über die Ignoranz beim Thema Jugend. Wie gesagt, wir saßen oft zusammen, und wir haben beschlossen – gemeinsam, wie das im Hause üblich ist –, dass wir gemeinsam eine Anhörung auf den Weg bringen. Damals hieß es: Zieht euren Antrag bitte zurück, vor dem "Los" geht es viel schneller. Ich sage nicht, dass dieses gemeinsame Sitzen gestern oder vorgestern stattgefunden hat. Nein, es war vor über einem Jahr, im Februar 2015. Dann hieß es:

Die Anhörung kommt in jedem Fall noch vor der Sommerpause. Inzwischen kann ich Ihnen aber immer noch nichts von einer Anhörung berichten, weil diese Anhörung noch nicht einmal terminiert ist.

Das alles zeigt eine derartige Ignoranz, angefangen bei einem von allen Fraktionen gemeinsam gefassten Beschluss. Wir haben es deshalb noch einmal versucht. Wir wollten den Weg noch einmal gehen; denn eigentlich ist es hier im Hause üblich, dass alle Fraktionen einer Anhörung zustimmen. Wir haben also gesagt: Okay, wir stellen den Antrag noch einmal. – Doch auch diesem Antrag wurde nicht zugestimmt. Das heißt also: Wir, die Opposition, Herr Dr. Förster und auch ich, wir wollen, dass in diesem Landtag umgehend eine Anhörung im Anschluss an die Jugend-Enquete-Kommission stattfindet. Wir wollen mit den Verbänden und Organisationen von damals, also mit dem Bayerischen Jugendring, dem Landesjugendamt, dem Deutschen Jugendinstitut, dem Zentrum für angewandte Politikforschung und allen konfessionellen, gesellschaftlichen und politischen Jugendverbänden in Bayern eine Anhörung durchführen. Alle Jugendverbände, die es in Bayern gibt, sollten daran beteiligt werden. Sie sollen die Möglichkeit haben, zu sagen, was aus den Anregungen geworden ist, welche Notwendigkeit heute besteht. Diese Anhörung würde die Möglichkeit bieten, endlich eine Bilanz über den Status quo der Jugendpolitik in Bayern zu bekommen. Das wäre dann sechs Jahre nach Ende der Kommission. Es geht sowohl um die Entwicklung der Jugendhilfe, als auch um den Stand der außerschulischen Jugendbildung, der verbandlichen Jugendarbeit oder auch um das Thema Jugend und Social Media. Auch Letzteres ist sicherlich ein großes Thema. Es geht dabei auch um die Angebote der offenen Jugendarbeit in Bayern. Neben einer Bestandsaufnahme geht es uns dabei auch um die Schwerpunkte der zukünftigen Jugendpolitik in Bayern.

Zusammenfassend könnte man sagen: Offenbar ist der CSU die Jugendarbeit völlig egal.

(Unruhe bei der CSU)

Bei dieser Staatsregierung könnte man glauben, bei der Jugend in Bayern ist nichts los. Die Staatsregierung kommt ihrer Verpflichtung nicht nach, noch nicht einmal dem Minimum, nämlich dem von allen Fraktionen gemeinsam getragenen Beschluss. Schade, dass Herr Kollege Zellmeier nicht anwesend ist. Die Staatsregierung gibt noch nicht einmal einen Bericht darüber, was mit den Handlungsempfehlungen passiert ist. Den Bericht gibt es immer noch nicht. Diesen Bericht will die Staatsregierung auch nicht liefern. Herr Kollege Dr. Förster hat es schon gesagt: Die Staatsregierung argumentiert mit dem völlig absurden Argument, es habe sich um eine Enquete-Kommission des Landtags gehandelt, deshalb sei die Staatsregierung nicht zuständig. – Dieses Argument ist doch nun wirklich nur noch lächerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte deshalb dringend, ganz dringend, dass wir diesen Bericht endlich bekommen. In diesem Hause ist es eigentlich üblich, dass Berichtsansträgen zugestimmt wird. Ich möchte diesen Bericht, damit wir endlich eine inhaltliche Grundlage für die Anhörung bekommen, für die eigentlich schon vor der Sommerpause terminierte Anhörung, die wir dann doch nicht bekommen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es nicht erklärbar, überhaupt nicht erklärbar, wie man interfraktionell Beschlüsse fassen kann, wenn einem diese dann völlig egal sind. Ich möchte es einmal umgangssprachlich sagen: Die Beschlüsse sind einem völlig wurst. – Das verstehe ich nicht. Das kann man eigentlich nur noch mit der Arroganz der Macht erklären. Mein dringender Appell an Sie lautet deshalb: Nehmen Sie die Jugend endlich ernst!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Stamm. Der Nächste ist Herr Kollege Dr. Hopp.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Geschätzte Kollegen der Jugendpolitik, es ist Donnerstagmittag, und ich freue mich, dass wir im Hohen Hause über die Jugendpolitik und über die Jugend sprechen können. Sie wissen, das Ehrenamt liegt mir sehr am Herzen. Es ist deshalb für mich immer wichtig und gut, das Thema Ehrenamt und junge Menschen ins Gespräch zu bringen. Uns eint eine gemeinsame Aufgabe. Herr Kollege Dr. Förster hat es schon angesprochen: Wir machen uns Gedanken darüber, wie wir junge Menschen für die Politik gewinnen. Wie gewinnen wir junge Menschen dafür, dass sie sich engagieren, sich einzubringen? – Ich weiß nicht, was Sie am Wochenende gemacht haben, Frau Kollegin Stamm, aber ich beispielsweise war bei einem Integrationsworkshop mit Vertretern der Jugendarbeit aus allen Bereichen in der Oberpfalz. Ich habe vorhin dem Integrationsbeauftragten meiner Partei, Martin Neumeyer, ein großes Kuvert mit ganz konkreten, beispielhaften Vorschlägen übergeben, wie wir mit Integration umgehen, was wir aus dem Integrationsgesetz machen.

Ich erlebe jeden Tag, jede Woche, in ganz Bayern eine engagierte Jugend, eine kritische Jugend, aber auch eine konstruktive Jugend. Genau deshalb hat die Jugend in Bayern einen besonderen Stellenwert, und zwar zu Recht. Der Bayerische Jugendring hat im deutschlandweiten Vergleich eine herausgehobene Position. Uns allen und meiner Fraktion besonders ist es deshalb ganz besonders wichtig, Frau Kollegin Stamm, die Jugend wertzuschätzen. Das tun wir auch, beispielsweise durch den Jugendempfang meiner Fraktion im vergangenen Jahr oder beim Landtagsempfang in Schleißheim, ebenfalls im vergangenen Jahr, wo die Jugend zu Recht die Hauptrolle gespielt hat. Wir wollen das aber nicht nur ideell machen, sondern wir wollen das auch finanziell unterfüttern, wir wollen die Jugendarbeit unterstützen. Meine Fraktion hat deshalb im letzten Jahr für die Jugendarbeit weit über zwei Millionen Euro bewilligt. Zuvor haben wir die Mittel bereits aufgestockt.

Wir wollen das Engagement aber nicht nur finanziell untermauern, sondern wir wollen die Jugendarbeit auch strukturell stärken. Wir sind deshalb gerade daran, das Jugendfreistellungsgesetz zu überarbeiten, zu modernisieren und zu flexibilisieren. Wir sind dabei das zu tun, und Frau Ministerin Müller und Herr Minister Bausback haben hierzu eine Initiative gestartet. In der Jugendarbeit geht es beispielsweise darum, Bürokratie abzubauen, die Jugendlichen nicht mit der Forderung nach Vorlage eines Führungszeugnisses zu belasten, sondern sie zu entlasten. Dies sage ich, nur um einmal ein Beispiel zu nennen. Dabei haben auch Sie von der Opposition Zuarbeit geleistet. Herr Kollege Dr. Förster und Herr Kollege Zellmeier, Sie haben in der Jugend-Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern" von 2005 bis 2008 dazu einen Beitrag geleistet. In drei intensiven Arbeitsjahren haben Sie die Grundlage dafür geschaffen, dass wir heute fundiert über Jugendarbeit sprechen können. An dieser Stelle sage ich deshalb herzlichen Dank an alle die Kollegen, die sich hier eingebracht haben.

Ich habe meinen beiden Vorrednern aufmerksam gelauscht. Dabei hat sich doch ein gewisser Eindruck aufgedrängt, der Eindruck, dass wir hier eine Art Schaufensterdiskussion führen. Das könnte man meinen, wenn man Ihre Argumente hört, Argumente, die auch die jugendpolitischen Kollegen im Sozialausschuss vor einigen Wochen vorgebracht haben. Man könnte statt dessen darauf verweisen, dass das Kinder- und Jugendprogramm 2013 doch genau diese Vorschläge aufgenommen hat. Darin wurde gerade auf die Enquete-Kommission Bezug genommen. Es ist also schon viel passiert. Man könnte auch sagen, dass wir in der letzten Ausschusssitzung bekräftigt haben, dass die Anhörung zur Umsetzung der Ergebnisse der Jugend-Enquete-Kommission durchgeführt wird. Das könnte man machen und damit die Diskussion beenden. Das mache ich aber nicht, weil uns das Anliegen, wie wir die Jugend stärken können, wichtig ist. Deshalb möchte ich auf Ihre Anträge noch einmal im Detail eingehen und zu den Fakten kommen.

Herr Kollege Dr. Förster und Frau Kollegin Stamm, Sie haben recht: Wir haben vor über einem Jahr im Februar 2015 im Sozialausschuss des Bayerischen Landtags über

die Fraktionsgrenzen hinweg unbürokratisch, in guter Zusammenarbeit einvernehmlich beschlossen, dass wir eine Anhörung durchführen wollen, und zwar zu der Frage, was aus den Umsetzungsvorschlägen der Enquete-Kommission geworden ist.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Warum dauert das dann so lange?)

– Lieber Herr Kollege, ich komme noch darauf, warum das so lange dauert. Morgen habe ich in Cham Kreistagssitzung und kann schon jetzt sagen, die Diskussionskultur im Kreistag ist oft besser als hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss mich oft fragen lassen, warum das so ist, und warum so viele nicht fundierte Zwischenrufe kommen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Gerade Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, tragen dazu bei. Nun aber zurück zum Thema. – Schon damals, im Frühjahr 2015 haben wir darauf hingewiesen, und Herr Ausschussvorsitzender Joachim Unterländer hat es auch gesagt: Wir machen die Anhörung, aber wir haben einen sehr ambitionierten Arbeits- und Zeitplan. – Damals haben wir uns darauf verständigt, eine Anhörung durchzuführen und keinen Bericht zu erbitten, Herr Kollege Dr. Förster. Warum keinen Bericht? – Ich habe es angesprochen, es ist durchaus üblich, Berichte anzufordern. Aber ein Bericht zu sieben, jetzt fast acht Jahre zurückliegenden Empfehlungen der Kommission, einer Kommission, die hervorragend gearbeitet hat, liefert nach unserer Überzeugung möglicherweise weniger neue Erkenntnisse als die gezielten Fragestellungen in einer Anhörung. Darin waren wir uns doch fraktionsübergreifend auch einig.

Nicht nur die Jugend, auch die Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit haben sich in den letzten sechs, sieben, acht Jahren verändert. Dafür nenne ich nur zwei Beispiele, die schon kurz angerissen wurden; eines ist die Digitalisierung. 2005 bis 2008 hat sicherlich kein Mitglied der damaligen Enquetekommission mit Tablet oder Smart-

phone gearbeitet. Warum? – Die gab es damals noch nicht, ähnlich wie auch Facebook. Jetzt beherrschen diese Medien den Lebensalltag, die Arbeitswelt, die Schule und die Bildung der Jugendlichen mehr als jemals zuvor.

Ein zweites Beispiel sind die Herausforderungen durch Asylpolitik und Flucht. Gerade wegen der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge haben sich die Herausforderungen für die Jugendarbeit gewaltig verändert. Der Bayerische Jugendring hat sich mit Unterstützung des Freistaates Bayern diesen Herausforderungen gestellt. In diesem Jahr war Medienkompetenz das Schwerpunktthema des Hauptausschusses. Das Aktionsprogramm "Flüchtlinge werden Freunde" wurde von der Staatsregierung in das Integrationsprogramm aufgenommen und unterstützt. Auch die Staatsregierung hat diese Fragestellungen schon im Kinder- und Jugendprogramm 2013 aufgegriffen. Der zentrale Auftrag der Jugend-Enquete-Kommission war es, das Kinder- und Jugendprogramm 2013 fortzuschreiben.

Die Bayerische Staatsregierung stärkt mit dem Freistellungsgesetz die Jugendverbandsarbeit in enger Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Jugendring. Sie unterstützt Jugendliche mit Migrationshintergrund zum Beispiel durch die Kooperation des Bayerischen Jugendrings mit der alevitischen Jugend, die wir auch finanziell unterstützen. Ein weiteres Beispiel ist der demografische Wandel mit neuen Fördermöglichkeiten. Die Staatsregierung unterstützt die Zusammenarbeit von Schule und Jugendarbeit. An dem erfolgreichen Programm "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" beteiligen sich bereits über 360 Schulen in ganz Bayern.

Das alles sind Beispiele dafür, dass manche Aufträge der Jugend-Enquetekommission schon aufgegriffen und erledigt wurden. Vieles hat sich aber seit 2005 und 2008 verändert. Entscheidend ist für uns alle, vor allem für die vier jugendpolitischen Sprecher, die aktuellen Fragestellungen an die Jugendarbeit zu sehen.

Sie haben jetzt in Ihren drei Dringlichkeitsanträgen, die gemeinsam aufgerufen wurden, vorgeschlagen, zuerst einen Bericht geben zu lassen und anschließend eine An-

hörung durchzuführen. Spielen wir doch einmal durch, was das heißen würde. Zuerst gibt es einen Bericht vom Sozialministerium, dann einen Bericht des Bildungsministeriums, einen Bericht des Landwirtschaftsministeriums, einen Bericht des Wirtschaftsministeriums und einen Bericht des Finanzministeriums. Danach führen wir zu den aktuellen Fragen der Jugendarbeit eine Anhörung durch. Wir haben es in der Enquetekommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" gesehen. Kollege Förster, wir beide waren doch anwesend. Eine Anhörung bietet die Möglichkeit, gezielte Fragen zu stellen. Genau dieser Wege ist der richtige.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Claudia Stamm zu?

Dr. Gerhard Hopp (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Danach bitte, ich komme gleich zum Schluss. – Ich stimme Ihnen zu, es ist nicht befriedigend, dass die Anhörung bislang noch nicht durchgeführt wurde. Ihre drei Dringlichkeitsanträge sind für mich aber symptomatisch dafür, dass wir die Anhörung im Verlauf des letzten Jahres nicht durchführen konnten. In kaum einem anderen Ausschuss findet eine derartige Vielzahl an Fachgesprächen und Anhörungen wie im Sozialausschuss statt, zum Beispiel hatten wir vor einigen Wochen eine Anhörung zum Betreuungsgeld. Diese Anhörungen kosten Zeit und verschieben andere Prioritäten leider nach hinten.

Hinzu kam eine Herausforderung, die uns alle und insbesondere den Sozialausschuss wie keine zuvor beschäftigt, die Asylpolitik, die wir ernst nehmen. Deswegen mussten wir den Arbeitsschwerpunkt des letzten Jahres darauf legen. In der Jugendarbeit kommt es bei der Integration darauf an, gezielt zu fragen, was wir verändern können. Eine Anhörung kann dabei gute und richtige Impulse setzen. Genau deswegen haben wir in der letzten Sitzung bekräftigt, dass wir die Anhörung durchführen wollen und werden.

Mein Angebot steht nach wie vor: Wir hatten uns im letzten Jahr auf eine Anhörung geeinigt. Wir führen die Anhörung gemeinsam durch, wir bereiten sie gemeinsam vor,

und deswegen verweise ich auf unseren Beschluss vom letzten Jahr, dass wir die Anhörung durchführen werden. Aus diesen Gründen lehnen wir Ihre Dringlichkeitsanträge ab. Wir wollen die Jugendarbeit bestmöglich und aktuell unterstützen. Deswegen lehnen wir Ihre Anträge ab. Ich bitte Sie darum, das auch ausgewogen darzustellen. Wir stehen zur Jugendarbeit wie kaum eine andere Fraktion. Die Staatsregierung steht zur Jugendarbeit. Deswegen werden wir die Anhörung selbstverständlich durchführen. Alle anderen Vorschläge, die Sie gemacht haben, zum Beispiel ein Bericht, würden das Verfahren nur verzögern und nicht beschleunigen. Deswegen bitte ich um Ablehnung der drei Anträge. Ich unterstreiche aber noch einmal: Die Anhörung wird von der Fraktion der CSU unterstützt, und sie wird gemeinsam, wenn Sie es wünschen, mit Ihnen vorbereitet und durchgeführt, und sie wird mit Sicherheit gute Ergebnisse liefern.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Hopp. Wir haben drei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung macht Herr Fahn. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Dr. Hopp, Sie haben gerade gesagt, dass Sie zur Jugendarbeit wie keine andere Fraktion stehen. In Ihrem Redebeitrag haben Sie zweimal das Freistellungsgesetz zum Zwecke der Jugendarbeit erwähnt. Ich glaube, daran arbeiten Sie schon Monate oder Jahre und kündigen immer wieder an, dass ein solches Gesetz kommt. Darf ich einmal nach dem aktuellen Zwischenstand fragen? – Die Jugendverbände warten schon seit zwei Jahren darauf, dass etwas passiert. Bei Ihnen ist immer noch nichts passiert. Schaffen Sie es in dieser Legislaturperiode noch?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Hopp.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Fahn, vielen Dank für Ihre Nachfrage. Ich weiß, dass Ihre Fraktion schon vor knapp zwei Jahren einen Entwurf vorgelegt hat, der aber auch nach der Rückmeldung, die ich aus dem

Bayerischen Jugendring und aus den Jugendverbänden erhalten habe, nicht ausgewogen, nicht komplett durchdacht und deswegen ein Schnellschuss war. Genau so etwas wollen wir nicht machen. Wir haben uns intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Gerade in dieser Stunde hat eine weitere Besprechung zur Freistellung stattgefunden. Wir haben einen Entwurf nahezu fertiggestellt. Wir haben aber intensive Vorarbeit geleistet. Wir sprechen vorher mit den Verbänden und legen dann einen Entwurf vor und nicht umgekehrt, wie Sie es gemacht haben. Deswegen wird von uns ein ausgewogener, guter, richtiger und vor allem nachhaltiger Entwurf des neuen Freistellungsgesetzes kommen. Sie können ihn sicherlich noch erwarten. Ich bin davon überzeugt, dass wir den Gesetzentwurf noch in diesem Jahr vorlegen und beschließen können. Dann können wir die Jugendarbeit flexibler, moderner und besser unterstützen. Dazu bitte ich Sie um Ihre Unterstützung, Herr Dr. Fahn.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke. Der Nächste ist Herr Förster.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber jugendpolitischer Kollege Hopp! Ich habe jetzt sehr aufmerksam zugehört und kann den meisten Aussagen sogar zustimmen. Ich sehe auch die positive Bilanz. Uns geht es nicht darum, dass wir irgendjemand vorführen wollen. Wir wollen versuchen, die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen. Dazu gehört auch das Festhalten an einem Status quo. Überhaupt nicht kapiert habe ich aber den Schlussappell: Wir halten das für richtig, das wird gemacht, und deswegen stimmen wir dagegen. Diese Logik habe ich nicht kapiert. Fakt ist, dass die Jugendverbände selbst auf einen Beschluss aus der Mitte der vorherigen Legislaturperiode, aus dem Jahr 2011, hingewiesen haben, wonach ein solcher Bericht gegeben werden soll. Das ist auch nichts Neues, du bist genauso wie ich bei sehr vielen Veranstaltungen der Jugendverbände und des Bayerischen Jugendrings. Gerade wegen der vielen Aufgaben ist es sehr wichtig, einen Abgleich zu machen, ein Resümee zu ziehen und neue Forderungen aufzustellen.

Immer wieder wird gesagt, wie sehr man die Jugendverbände und die Jugend einbinden will. Sie warten darauf. Die SPD hat dazu eine Veranstaltung durchgeführt. Bei allen Veranstaltungen des Jugendrings wird immer wieder betont: Bitte redet mit uns. Was ist jetzt so schwierig daran, dieser Bitte nachzukommen und sich einen Bericht geben zu lassen? – Das, was du gemacht hast, war schon ein großer Teil des Berichts, den man vielleicht noch mit ein paar Fakten und Zahlen untermauern muss. Dann sollten wir zusammen mit der Opposition und den jungen Menschen, die davon betroffen sind, überlegen, was wir noch leisten können. Vor allem wollen wir auch nicht vergessen, was das immense Ehrenamt in der Jugendarbeit für Bayern leisten kann. Hier zu lange zu warten, ist vielleicht auch nicht gut für Bayern; denn das, was die Jugendarbeit für Bayern leistet – dagegen wird keiner etwas sagen – ist immens und bringt uns um einiges voran. Vielleicht brauchen wir das bald oder schon jetzt bei diesen großen Problemen. Dabei möchte ich die immense Arbeit, die euer Ausschuss leistet, nicht in Abrede stellen. Ich habe großen Respekt vor dieser Arbeit und danke auch allen Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen dafür. Die Expertise und das Engagement der jungen Menschen wären aber dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Dr. Hopp, bitte schön.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Kollege Förster, das war so viel Einigkeit, dass ich gar nicht viel erwidern muss. Ich möchte nur noch unterstreichen, dass wir die Anhörung auch durchführen wollen. Ich habe dargelegt, wieso wir es bislang leider noch nicht geschafft haben. Uns war es vor einem Jahr auch gemeinsam wichtig, uns auf eine Anhörung festzulegen. Wir haben uns schon vor einem Jahr darauf geeinigt, dass die Reihenfolge Bericht und Anhörung nicht zielführend ist. Die Gründe dafür habe ich schon dargelegt. Darum unterstreiche ich: Wir lehnen nicht die Anhörung per se ab, sondern die Kombination aus Bericht, dann Anhörung. Wir verweisen darauf, dass wir schon vor einem Jahr den Beschluss gefasst und unsere Haltung vor einigen Wochen im Sozialausschuss bekräftigt haben. Ich betone: Wir

werden die Anhörung durchführen, und zwar mit den Jugendverbänden, wie du es angesprochen hast. Aber die Abfolge, dass wir erst einen Bericht der Staatsregierung bekommen und danach eine Anhörung durchführen, ist unserer Meinung nach nicht zielführend und würde viele Kräfte binden, die wir bei einer Anhörung zielgerichteter nutzen. Wir haben uns vor einem Jahr darauf geeinigt: Nur eine Anhörung durchzuführen, ist der bessere Weg. Auch für uns ist es nicht befriedigend, dass sie noch nicht durchgeführt werden konnte. Ich hoffe, ich konnte klarmachen, wieso das noch nicht der Fall war. Wir werden uns an unser geplantes Vorgehen halten und stehen gemeinsam für die Jugendarbeit ein. Ich unterstütze eine Anhörung, bitte aber um Verständnis dafür, dass wir die Abfolge Bericht, dann Anhörung nicht unterstützen können.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Jetzt folgt die Kollegin Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter jugendpolitischer Kollege Dr. Hopp, wie Herr Dr. Förster gesagt hat, teilen alle ganz klar die Wertschätzung für diejenigen, die sich ehrenamtlich in der Jugendarbeit engagieren. Nur finde ich, man kann die Wertschätzung auch dadurch zeigen, dass man das, was die Professionellen in der Jugend-Enquete-Kommission einmal beschlossen haben, auch umsetzt. Es war sehr spannend und interessant, Ihren Ausführungen zuzuhören. Fakt ist aber: Der Bericht hätte schon in der letzten Legislaturperiode, sprich vor 2013, kommen sollen.

Darauf will ich nicht weiter herumreiten, sondern ich argumentiere jetzt ganz pragmatisch. Wenn Sie und wir heute am Ende der Sitzung den Termin der Anhörung kennen, würden wir sofort auf den Bericht verzichten. Der Bericht ist ein Vehikel. Wir haben nämlich einfach das Gefühl, dass er null Komma null irgendwann anvisiert oder terminiert wird. Ich habe mit dem Ausschussvorsitzenden ein paarmal gesprochen und gesagt, es ist wirklich wichtig, weil der Bericht schon in der letzten Legislaturperiode nicht gegeben wurde. Dann haben wir uns eigentlich darauf geeinigt, dass er vor dem

Sommer 2015 gegeben werden soll. Jetzt ist dieses Jahr so weit fortgeschritten, dass wir ihn nicht einmal bis zu diesem Sommer bekommen. Dabei warten alle darauf. Und wie Herr Dr. Förster dargestellt hat: Es hat sich so viel getan, denken Sie etwa an Social Media. Es wird höchste Zeit, dass dieser Landtag, dieses Hohe Haus die Jugend und Jugendpolitik ernst nimmt. Deswegen sage ich: Wenn wir einen Termin kennen, verzichten wir auf den Berichtsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Hopp.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kollegin Stamm, vielen Dank, dass Sie mir sehr ernsthaft zugehört haben. Das habe ich bei Ihrem Beitrag natürlich auch gemacht, ganz klar. Ich möchte aber eines korrigieren: Der Bayerische Landtag wertschätzt die Jugendarbeit. Dafür brauchen wir keinen Appell von Ihrer Seite. Dafür brauchen keinen Appell der jugendpolitischen Sprecher, weil diese Wertschätzung eine Grundlage unserer Arbeit ist. Jeder hier ist im Ehrenamt aktiv; jeder hier hat mit Jugendarbeit zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Jeder meiner Kollegen im Stimmkreis arbeitet mit dem Kreisjugendring zusammen. Wir brauchen keinen Appell zur Wertschätzung der Jugendarbeit. Noch einmal: Ich stimme Ihnen zu, dass es dringend notwendig ist, die Anhörung durchzuführen. Wir werden sie durchführen; das unterstreiche ich noch mal. Ihr könnt jetzt im Gegenzug fordern, dass wir ein Datum festlegen, wenn Ihre Fraktion sich bereit erklärt, sich mit Anträgen zurückzuhalten, die sowieso schon zwei-, drei-, viermal gestellt worden sind, und sich auch mit Anhörungsanträgen zurückzuhalten. Ich meine zum Beispiel den Antrag der SPD-Fraktion zum Betreuungsgeld, den ich schon angesprochen habe. Auch dieser Antrag hat uns einige Tage gekostet. Das mache ich aber nicht, weil wir ernsthaft miteinander diskutieren wollen.

Kollegin Stamm, ich bekräftige noch einmal: Wir werden die Anhörung durchführen, sobald es möglich ist. Wir werden sie gemeinsam vorbereiten, und unser Ausschussvorsitzender Unterländer hat das in der letzten Ausschusssitzung schon unterstrichen.

Ich möchte dem nichts mehr hinzufügen. Wir haben alles gesagt. Von jedem ist zu diesem Thema alles gesagt worden. Mein Appell lautet: Unterstützen wir gemeinsam die Jugendarbeit! Ein Bericht allein bedeutet keine Wertschätzung der Jugendarbeit. Die Wertschätzung muss sich in der Praxis auch in der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort vollziehen. Die thematische und konzeptionelle Grundlage ist eine Anhörung; aber die praktische Arbeit muss dann folgen. Ich unterstreiche abschließend: Wir werden die Anhörung durchführen. Ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Hopp. Jetzt dürfen Sie gehen. – Die nächste Rednerin ist die Frau Gottstein. Bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Dr. Hopp, zu Ihrer Bemerkung, bei Ihnen im Kreistag gehe es anders zu: Ändern Sie die Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, Zwischenrufe zu äußern, die im Protokoll erscheinen. Das hat nichts mit undiszipliniertem Verhalten zu tun. Das wissen Sie. Wenn wir die Geschäftsordnung ändern, ändert sich das.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU – Dr. Florian Herrmann (CSU): Es gibt solche und solche Zwischenrufe!)

– Lesen Sie die Geschäftsordnung. Darin steht ausdrücklich, dass Zwischenrufe ein Mittel sind, sich zu äußern.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Solche und solche! Der Ton macht die Musik! – Weitere Zurufe von der CSU)

Zu den Anträgen der SPD und der GRÜNEN: Ich liebe Sprichwörter und Redensarten. Zu diesem Tagesordnungspunkt passen zwei: "Gut Ding will Weile haben" und "Der Krug geht so lange zum Wasser, bis er bricht".

(Zurufe von der CSU: Zum Brunnen!)

"Gut Ding will Weile haben": Wir reden von einer Kommission, von einer Arbeit von vor acht Jahren. – "Der Krug geht so lange zum Wasser, bis er bricht."

– Habe ich etwas Falsches gesagt?

(Zurufe von der CSU: Zum Brunnen!)

– Da gibt es zwei verschiedene Versionen; schauen Sie im Sprichwörterlexikon nach.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Tatsache ist, dass die FREIEN WÄHLER in diesem Punkt sehr lange der Argumentation der CSU gefolgt sind und deswegen in den Ausschüssen beide Anträge abgelehnt haben.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir werden diesen drei Anträgen heute zustimmen, weil wir sehr wohl der Meinung sind, die CSU möchte ewig vertrösten und ewig beruhigen. Dies entspricht aber nicht der Wertschätzung, die wir der Arbeit dieser Kommission zukommen lassen wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir reden zunächst von der 15. Legislaturperiode, in der die FREIEN WÄHLER noch nicht im Landtag waren. Vor über einem Jahr dann gab es den Grundsatzbeschluss, dass es eine Anhörung geben wird. Herr Dr. Hopp, machen Sie sich nicht lächerlich. Sie haben laut Protokoll gesagt, dass die Anhörung noch nicht durchgeführt werden konnte, weil die aktuelle Flüchtlingskrise so problematisch ist. Das ist ein organisatorisches Problem, aber nicht ein Problem, mit dem man hier argumentieren kann.

Auch das Argument, es brauche keinen Bericht, sondern bloß eine Anhörung, sehen wir anders. Claudia, wir möchten auch nicht auf den Bericht verzichten, weil an eine Angelegenheit, die vor acht Jahren verabschiedet wurde, sich keiner mehr erinnern kann. Es muss noch mal berichtet werden, worum es gegangen ist. Der Bericht hat 264 wertvolle Seiten. Daher verstehen wir Ihre Argumentation nicht, sondern sehen diese als Verzögerungstaktik an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt drei Gründe, weshalb wir meinen, dass es unbedingt einen Bericht und eine Anhörung geben muss. Es geht um die Sache, es geht um Wertschätzung, und es geht letztendlich darum, wie man mit verrichteten Arbeiten umgeht. Werden diese nicht hinterfragt und optimiert, dann ist auch die geleistete Arbeit vergeblich.

Es geht um ein Jugendthema. Die Jugend ist immer in aller Munde. Dies wurde auch von den Vorrednern schon gesagt. Es wird immer betont, wie wichtig die Jugend ist, was wir für die Jugend alles machen müssen und dass sie unsere Zukunft ist. Wir wundern uns, dass die Jugendlichen dies nicht mehr glauben, weil den Worten schließlich keine Taten folgen. Das ist mit ein Grund für die Politikverdrossenheit, gerade unter den Jugendlichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit der Politik, warum über die Umsetzung des Berichts der Enquete-Kommission berichtet werden und der Bericht angepasst werden soll. Wir haben hier noch nicht einmal die Hälfte, sondern höchstens ein Viertel des Weges zurückgelegt. Es ist allerhöchste Zeit, dieses Ziel aktiver anzugehen.

Ein weiterer Grund, weshalb wir meinen, dass es einen Bericht und eine Anhörung geben muss, ist die Wertschätzung der Menschen, die in dieser Kommission gearbeitet haben. Wesentliche Verbände waren daran beteiligt. Diese werden sich auch nicht mehr an alle Vertreter erinnern, weil diese nicht mehr jung sind und nicht mehr in den

Verbänden arbeiten. Aber diese Menschen haben damals gearbeitet, haben Feststellungen, Untersuchungen und Zusammenfassungen gemacht. Sie haben letztendlich 25 Seiten Empfehlungen für die Politik entwickelt. Diese Bemühungen sind es schon wert zu fragen, was daraus geworden ist. Hier verstehe ich die Angst der CSU nicht. Anhand der Ergebnisse der Enquete-Kommission können Sie doch sehr viel Gutes darüber sagen, was daraus geworden ist. Ihre Umfragewerte werden noch mal steigen, wenn Sie die positiven Ergebnisse betonen. Dann machen Sie das doch. Das ist transparenter, und damit nehmen Sie die Leute ernst, die daran gearbeitet haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Vorschläge gingen in die Richtung Wertorientierung, Entwicklung der Wertorientierung der Jugend. Es spielt dabei keine Rolle, ob wir von der Zeit vor acht Jahren oder von heute reden. Es ist immer noch ein Problem, und es ist wichtig zu sagen: Das ist empfohlen worden, was haben wir daraus gemacht, und was können wir für die Zukunft daraus lernen? Es geht um die Integration der nachwachsenden Generationen, es geht um einen Blick auf die Rahmenbedingungen der Jugend, und es geht um die gesellschaftliche Teilhabe der Jugend. Das sind viele Details. Ich habe mir das extra angesehen. Es geht um Schule, Orientierung an der Heimat, Orientierung und Leben in der Region, Stärkung des Engagements, Aufgabe der Jugendämter, Aufgabe der Verbandsarbeit und Rahmenbedingungen für die Verbandsarbeit. Es ist doch wichtig. Das haben sie doch nicht geschrieben, damit es in irgendeiner Bibliothek abgeheftet wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir Transparenz sowie Wertschätzung wollen und vermitteln wollen, dass wir die Jugend ernst nehmen, dann sind diese drei Anträge gerechtfertigt. Wir werden diesen, wie gesagt, zustimmen, weil wir heute nicht mehr an das Vertröstungsangebot glauben, dem wir zunächst geglaubt haben. Das machen wir heute nicht mehr; denn Sie sind auch heute wieder in Bezug auf einen Termin ausgewichen. Sehen Sie es

doch bitte einmal sportlich. Geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß, springen Sie über Ihren Schatten, falls Sie einen haben, und nehmen Sie die Hürde, einmal einem sinnvollen Vorschlag der Opposition zuzustimmen. Bitte stimmen Sie zu, die Jugend und letztendlich der Respekt vor der Arbeit dieser Kommission sind es wert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Gottstein. Bitte bleiben Sie noch, Frau Gottstein. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung von der Kollegin Gudrun Brendel-Fischer. Diese kam spät, aber rechtzeitig. Bitte schön.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Gottstein, wir alle sind häufig bei den Vertretern der Jugendverbände. Sie wissen auch, dass die Teilnehmer von Anhörungen, die durchgeführt werden, nicht immer die Breite der Bevölkerung widerspiegeln, sondern dass sehr häufig die obere Funktionärssebene oder die Hauptamtlichen da sind. Bei Kreisjugendringversammlungen, bei Landjugendversammlungen oder den Pfadfindern werde ich eigentlich nie auf diesen Bericht angesprochen und gefragt, was dabei herausgekommen ist. Es geht um ganz konkrete Dinge, die sich mittlerweile schon wieder gewandelt haben, weil sich auch die Zeit gewandelt hat. Ich bitte doch darum, zur Kenntnis zu nehmen, dass es wichtiger ist, sich ständig mit den Jugendlichen und Vertretern von Verbänden zu unterhalten, anstatt auf anonym durchgeführte Anhörungen zu setzen, in denen nicht immer das gesagt wird, was die junge Generation tatsächlich beschäftigt und welchen Herausforderungen sie sich ausgesetzt sieht.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich denke, das ist ein sehr gefährlicher Redebeitrag, den Sie gerade geliefert haben. Im Prinzip haben Sie gerade unterstellt, dass die Repräsentanten der Verbände, die in einer solchen Anhörung gefragt würden, nicht die Basis der von ihnen vertretenen Jugendlichen repräsentieren. Das ist nicht so. Gerade bei den Jugendverbänden kann man davon nicht ausgehen, weil sie eine begrenzte Zeit haben, wie lange sie die Jugend

repräsentieren können. Es ist nicht passend zu unterstellen, in der Anhörung würden die Falschen reden.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ich bin lange genug in dem Metier tätig!)

Ich denke, da reden die Richtigen, und es ist letztlich an uns, über die Einladung zu einer Anhörung zu steuern, wer gehört wird. Ich würde für meine Fraktion beanspruchen, dass wir die Richtigen für die Anhörung berufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Gottstein. – Nun hat sich noch Herr Staatssekretär Hintersberger zu Wort gemeldet. Bitte schön. – Ich erfahre gerade, dass die CSU namentliche Abstimmung beantragt hat.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann meinem Fraktionskollegen Dr. Hopp nur beipflichten. Es ist meine persönliche Überzeugung: Ein Bericht zur Umsetzung der Anliegen der Enquete-Kommission von 2008 bringt uns nicht weiter. Er bindet Ressourcen ohne wirklichen Mehrwert für die politischen Entscheidungsgrundlagen. Die Enquete-Kommission 2008 hat eine unwahrscheinlich wichtige und wertvolle Arbeit geleistet. Lieber Linus, in diesem Punkt stimmen wir absolut überein. Sie hat dem Bayerischen Landtag eine umfassende Analyse der Situation der jungen Generation vorgelegt und einen eindrucksvollen Katalog an Handlungsempfehlungen für eine zukunftsorientierte Jugendpolitik ausgearbeitet.

Deshalb verstehe ich manche Äußerung, liebe Frau Gottstein, überhaupt nicht. Die Staatsregierung hat diesen Bericht gewürdigt, ihn aufgegriffen und ihn selbstverständlich – das kann ich für mein Haus sagen – umgesetzt, und zwar weit mehr, als konkrete Beschlusslagen vonseiten des Hohen Hauses dies vorgegeben hätten. Meine Damen und Herren, liebe Kollegin Gottstein, ich schlage das Kinder- und Jugendpro-

gramm der Bayerischen Staatsregierung von 2013 – jetzt hören Sie mir einmal zu – auf und zitiere:

Die Enquete-Kommission ... hat aufgrund der Weiterentwicklungsbedarfe in ihrem Abschlussbericht ... empfohlen, das Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Abschlussberichts fortzuschreiben ... Der Bayerische Landtag hat diese Empfehlung mit LT-Beschluss vom 14.04.2010 ... aufgegriffen und angeregt, das Kinder- und Jugendprogramm unter Berücksichtigung der einschlägigen Ergebnisse und Empfehlungen der Enquete-Kommission fortzuschreiben.

Dies ist nicht ein Bericht, sondern dies ist umgesetzt.

All die Punkte, die Sie vorher in Ihrem Redebeitrag gebracht haben, finden Sie in der Umsetzung des Programms. Schauen Sie sich diese Dinge einmal an, anstatt – ich weise das ebenso wie die Aussagen der Kollegin Stamm klipp und klar zurück – so zu tun, als ob es sich um Märchen handle, anstatt fälschlicherweise zu behaupten, Vorschläge würden in den Schubladen verstauben oder bezüglich der Umsetzungen würde vertröstet.

Es geht um eine konkrete Umsetzung, die ich Ihnen an einigen exemplarischen Beispielen aufzeigen darf. Das Stichwort "Familie stärken" verstehen wir so, dass wir die Familie als Grundlage und Orte wollen, in denen die Kinder eine entscheidende Prägung erfahren und die sie in ihrem Aufwachsen unterstützen, ihnen helfen und sie stärken. Wir helfen den Kommunen zum Beispiel beim flächendeckenden Ausbau von Familienstützpunkten. 85 Stützpunkte sind nicht in der Planung, stehen nicht auf dem Papier, sondern sind in der Realität vorhanden. Es war eine Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission und ein Aspekt, der ausgeführt ist. Da kann man doch nicht sagen, wir würden vertrösten. Das, was Sie sagen, ist schlichtweg falsch.

Ein weiterer Punkt: Mit den Koordinierten Kinderschutzstellen, dem Förderprogramm "KoKi-Netzwerke frühe Kindheit" haben wir spezielle Strukturen geschaffen, um belas-

tete Eltern möglichst früh mit geeigneten und passgenauen Hilfestellungen zu erreichen und Hilfen anzubieten.

Ein weiterer Punkt: Die Enquete-Kommission stellt die Bedeutung der Bildung im Kinder- und Jugendalter in einer sich wandelnden Wissensgesellschaft – Kollege Dr. Linus Förster hat zu dies zu Recht und richtig ausgeführt – heraus. Die Staatsregierung hat auf diesem Feld in ausgesprochen starker Weise die Verwirklichung der Vorschläge vorangetrieben. Auch dazu einige Beispiele: In der Kinderbetreuung gab es – so ist die Datenlage – noch nie einen so dynamischen Aufwuchs, und zwar insbesondere durch den Ausbau der Krippenangebote und Maßnahmen zur Qualitätssteigerung. Das pädagogische Personal in bayerischen Kindertageseinrichtungen hat zwischen 2008 – Ergebnis des Berichts der Enquete-Kommission – und 2015 um 28.000 Fachkräfte und Ergänzungskräfte zugenommen. Auch wenn Sie den Kopf schütteln, das ist die Sachlage. Das ist eine Steigerung um mehr als 75 %. Wir haben diese Aspekte aus dem Bericht der Enquete-Kommission aufgegriffen und umgesetzt.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Staatssekretär, lassen Sie eine Frage der Kollegin Stamm zu?

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Von wem?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Von Kollegin Claudia Stamm.

(Allgemeine Heiterkeit)

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Das machen wir nachher.

(Lachen der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Weil Sie so freundlich lachen, Frau Kollegin, bitte.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Dann doch. Okay.

Claudia Stamm (GRÜNE): Das ist sehr nett, dass mein Lachen als freundlich eingestuft wurde, sehr geehrter Herr Staatssekretär. – Ich habe mir den Bericht noch einmal angeschaut – also den der Enquete-Kommission, nicht den, den die Staatsregierung hätte vorlegen sollen. Sie führen hier jetzt schon aus. Ich frage mich, warum man das nicht einfach verschriftlichen und allen zur Verfügung stellen kann;

(Beifall bei den GRÜNEN)

dann hätten wir eine Grundlage. Was Sie in der Hand halten, betrifft nur einen Teil der Beschlüsse der Enquete-Kommission. An anderer Stelle heißt es ganz klar, es sei ein Bericht –

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Frau Kollegin, stellen Sie bitte eine Frage.

Claudia Stamm (GRÜNE): – ich stelle eine Frage – zur Mitte der vorliegenden, also der letzten, Legislaturperiode. Ich möchte den Herrn Staatssekretär fragen, ob er weiß, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem, was er immer wieder hoch hält, und dem Bericht der Enquete-Kommission. Was Sie immer hoch halten, das ist ein Jugendhilfebericht. Hier geht es um Jugendpolitik. Jugendpolitik besteht nicht nur aus Jugendhilfe. Es gibt im Bericht der Enquete-Kommission sehr viele Beschlüsse, die nichts mit dem zu tun haben, was Sie in der Hand halten. Sie sollten das vielleicht schon an der Dicke merken; es sind über 200 Seiten. Ihr Bericht hat wie viele Seiten, Herr Staatssekretär?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist etwas anderes. Wissen Sie, dass es hier um Jugendpolitik und nicht um Jugendhilfe geht?

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU – Petra Guttenberger (CSU): Geschäftsordnung!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Die Frage war, ob er das alles weiß. – Jetzt darf der Herr Staatssekretär beantworten, ob er das alles weiß.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Liebe Frau Kollegin Stamm, ich finde es prima, dass Sie Ihre vorher gemachten Vorwürfe, das seien alles Märchen, das sei alles in der Schublade verstaubt, zum Großteil zurückgenommen haben – Respekt! Sie haben gesagt, dass zumindest ein Teil der Inhalte dieses Kinder- und Jugendprogramms aufgrund der Anregungen der Enquete-Kommission aufgenommen und umgesetzt worden ist.

Ich darf Ihnen weitere Punkte nennen, die umgesetzt worden sind. Unter anderem gehört dazu die aktuelle Schwerpunktsetzung beim Ausbau der offenen und der gebundenen Ganztagschule. Auch dies, vom Ministerpräsidenten deutlich gemacht und als Ganztagsgarantie bis 2018 festgelegt, ist nicht nur auf einem guten Weg, sondern in der Umsetzung und in der Realisierung.

Der Bericht der Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern" betont den Stellenwert der Jugendarbeit für das informelle Lernen, die Wertevermittlung und das jugendliche Engagement. Damit sie ihre Bedeutung behält, müssen ihre Organisation, Strukturen und Einrichtungen – Herr Dr. Förster, Sie haben das ausgeführt – weiterentwickelt und gefördert werden. Das wird gemacht, und zwar auch aufgrund der Anregungen der Enquete-Kommission. Tun Sie also nicht so, als ob diese Dinge außen vor bleiben würden.

Ich darf hier aufgreifen, was Kollege Dr. Hopp gesagt hat:

(Claudia Stamm (GRÜNE): Können wir das schriftlich haben?)

Die Mittel für die Jugendarbeit wurden in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Das ist ein Fakt. Das ist konkrete Unterstützung. Durch Ihre Entscheidung, liebe Kolleginnen und Kollegen, bzw. durch die Entscheidung meiner Fraktion konnten im Haushalt 27,5 Millionen für die Jugendarbeit, überwiegend für den Bayerischen Jugendring und

die Gliederungen des Bayerischen Jugendrings, zur Förderung der Jugendverbandsarbeit, zur Qualifizierung von Jugendleitern, für die schulbezogene Jugendarbeit und für die Medienfachberatung bei den Bezirksjugendringen bereitgestellt werden. Damit können wir die Empfehlungen der Enquete-Kommission umsetzen.

Liebe Kollegin Claudia Stamm, hier hilft ein Bericht gar nichts.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

– Zeigen Sie mir einmal diesen Beschluss. – Es ist wichtig, dass diese Dinge aufgegriffen und umgesetzt werden.

Ein weiterer Punkt: Medien spielen beim Aufwachsen junger Menschen eine ganz besonders große Rolle. Unser Ziel ist es, die jungen Menschen zum souveränen und verantwortungsvollen Umgang mit den Medien zu befähigen. Mein Haus fördert dazu verschiedene Projekte, zum Beispiel "GamesLab" oder "Webhelm" des JFF, des Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis. Dieser Aspekt wurde in der Enquete-Kommission ebenfalls behandelt. Diese Dinge laufen und sind in der Umsetzung.

Die berufliche und soziale Eingliederung sozial benachteiligter junger Menschen ist ein ganz wichtiger Auftrag. Der Freistaat Bayern investiert über 22 Millionen in diese Jugendsozialarbeit. Bis zum Jahr 2019 wollen wir 1.000 Stellen für Jugendsozialarbeit an Grund-, Mittel-, Förder- und Berufsschulen sowie an Brennpunkt-Realschulen schaffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Jahr 2008, dem Jahr des Erscheinens des Berichts der Enquete-Kommission, lag unser Ziel noch bei 500 Stellen. Wir haben bisher 755 Stellen geschaffen.

Wir fördern auch die Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit. Vor Kurzem konnte ich Landesmittel auch im Rahmen des Arbeitsmarktfonds vergeben. Ebenso werden ergänzend ESF-Mittel ausgereicht, um Qualifizierungs- und Ausbildungsprojekte im betrieblichen Rahmen, in Jugendwerkstätten, aber auch Jugendliche außerhalb dieser

Strukturen zu fördern. Auch das war ein wichtiger Aspekt im Bericht der Enquete-Kommission.

Nicht zuletzt durch diese vielfältigen Maßnahmen beträgt die Quote der Jugendarbeitslosigkeit in Bayern nur 2,5 %. Das alles sind wichtige Mosaiksteine, die ein Gesamtbild ergeben. Mit Blick auf die anderen Bundesländer und die EU-Mitgliedstaaten gilt es, mit diesen vielfältigen Möglichkeiten der Jugend eine Perspektive zu geben. Die Beispiele, meine Damen und Herren, können Sie nachlesen. Die Reihe ließe sich noch fortsetzen.

Gegenstand der heutigen Aktuellen Stunde waren die Herausforderungen aufgrund der besonderen Situation durch Zuwanderung geflüchteter Menschen, insbesondere unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Durch vielfältige Maßnahmen – ich brauche das nicht mehr zu wiederholen – stärken wir den Zusammenhalt und fördern wir Integration. 548 Millionen Euro werden für diesen Bereich zusätzlich bereitgestellt. Das gilt besonders für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Im Verbund mit dem Bayerischen Jugendring und den Untergliederungen werden Aktionsprogramme wie "Flüchtlinge werden Freunde" aufgelegt. Diese gute Arbeit ist weiterzuentwickeln. Das Übergangsmanagement von Schule und Beruf wird zum Beispiel mit dem Paket "Integration durch Arbeit" gefördert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir geht es darum, deutlich zu machen, dass viele Empfehlungen im Bericht der Enquete-Kommission aufgegriffen, angegangen und realisiert wurden bzw. sich in der Realisierung befinden. Uns geht es überhaupt nicht darum, eine Anhörung irgendwie zu verhindern, wie dargestellt wurde.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Selbstverständlich wird sich mein Haus beteiligen und diese perspektivischen Überlegungen einbringen. Aber wir sehen keinen Mehrwert darin, zusätzlich zu dem Bericht aus dem Jahr 2008 mit großem Aufwand einen neuen Bericht zu verfassen. Daher

bitte ich, den Antrag auf einen schriftlichen Bericht abzulehnen, soweit er nicht, wie von Kollegin Stamm vorher erklärt, schon zurückgezogen wurde.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Jetzt hat sich noch Frau Stamm zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich stelle jetzt keine Frage. Meine Frage, warum Sie nicht alles verschriftlichen, damit wir eine Grundlage haben, ist nicht beantwortet worden. Das war eine Warum-Frage. Jetzt möchte ich gerne betonen, dass wir uns alle freuen, dass die Mittel für den Bayerischen Jugendring durch das Geld, das die Staatsregierung der CSU immer zur Verfügung stellt, erhöht wurden. Dabei gibt es aber zwei Dinge festzuhalten. Einmal ist der Betrag wie auch in vielen anderen Bereichen immer noch nicht so hoch wie vor dem Stoiberschen Kahlschlag. Zum anderen hängt die Höhe des Betrags immer vom Wohl der CSU ab; er wird nicht verstetigt. Daher einfach noch einmal die Bitte: Nehmen Sie das ernst und verstetigen Sie den Betrag. Er sollte gleich im Ansatz des Staatshaushaltes enthalten sein und nicht jedes Mal Gegenstand der Frage sein, ob es mit den 50 Millionen noch geht. Das ist ein ganz klarer Appell.

Zum anderen haben Sie gesagt, ich solle Ihnen den Beschluss zeigen. Ich weiß nicht, ob ich das tun darf. Aber ich kann Ihnen sagen, dass der Landtagsbeschluss auf Seite 226 des Abschlussberichts der Enquete unter Punkt 1359 steht. Wir tun jetzt nichts anderes als die Staatsregierung zu bitten, dass sie sich an die Beschlüsse des Landtags halten soll. Ich finde, es sollte im Interesse aller, auch der CSU-Fraktion, sein, dass die Exekutive die Legislative achtet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie um etwas mehr Ruhe vor der Abstimmung bitten, damit Sie Herrn Staatssekretär Hintersberger folgen können. Bitte schön.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Stamm, die erste Frage habe ich bereits beantwortet. Nach unserer Überzeugung steht der Aufwand für einen reinen Bericht in gar keinem Verhältnis zum wirklichen Mehrwert, und er würde Ressourcen binden. Zum Zweiten habe ich vorhin aus dem Kinder- und Jugendprogramm – Seite 15 – zitiert, dass man den Landtagsbeschluss vom 14. April 2010 sehr wohl aufgegriffen hat und ihm nachgekommen ist. Daher sind die Vorhaltungen in Ihrem ersten Redebeitrag schlichtweg nicht gerechtfertigt. Es war mir wichtig, dies noch einmal deutlich zu machen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen nun zur Abstimmung. Wie angekündigt, hat die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung über den ersten Antrag – das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion – beantragt. Ich lasse nun die Abstimmung zu diesem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/10211 in namentlicher Form durchführen. Sie haben fünf Minuten Zeit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 13.04 bis 13.09 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung. – Wir kommen nun zur Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 8 und 9 in einfacher Form. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt, die Anträge abzulehnen. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 17/10189 – das ist der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte. – Das ist die CSU-Fraktion. Ent-

haltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag auf Drucksache 17/10351 – ebenfalls ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt keinen Tagesordnungspunkt mehr auf, sondern wir gehen jetzt gleich in die Mittagspause. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird später bekannt gegeben. Wir machen Mittagspause bis 13.45 Uhr und beginnen pünktlich um 13.45 Uhr mit den Dringlichkeitsanträgen.

(Unterbrechung von 13.11 bis 13.46 Uhr)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich setze die Sitzung nach der Mittagspause fort und gebe zunächst einmal das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Dr. Förster, Kohlen und anderer und und Fraktion (SPD) betreffend Berichterstattung und Anhörung zur Umsetzung der Empfehlungen der Jugend-Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen", Drucksache 17/10211, bekannt. Mit Ja haben 66 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 74. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.04.2016 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Berichterstattung und Anhörung zur Umsetzung der Empfehlungen der Jugend-Enquete-Kommission "Jungsein in Bayern - Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen" (Drucksache 17/10211)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohlen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin			
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	66	74	0